

Wolfgang Reeder

# Hinter Marktkritik verbirgt sich die Kritik an der Moderne

**Das Fiasko der Planwirtschaften hat die Kritik an der Marktwirtschaft nicht irritiert. Der Markt gilt seinen fundamentalen Kritikern als ungerecht und unmoralisch. Zwei Alternativen sollen den Markt ersetzen: eine staatliche Institution, die über Bedürfnisse und gerechte Preise befindet, oder die Selbstverwaltung der Basis. Totalitär sind beide Wege, und die Apologetiker der Basis sind in Wahrheit Feinde der Moderne.**

In elf Folgen haben wir uns mit der Kritik an der Marktwirtschaft auseinandergesetzt. Ich habe zu begründen versucht, daß Marktkritik oft auf fehlerhaften Ansätzen beruht. Fünf solcher Ansätze konnten wir feststellen:

1. Marktkritik bleibt an der Oberfläche der Probleme: Werbung ist die Oberfläche des Problems. Das Problem unter dieser Oberfläche ist mit der Unterscheidung von Innenlenkung und Außenlenkung bestimmt.
2. Marktkritik beruht auf Mißverständnissen der Marktwirtschaft. In der Frage nach dem Stellenwert der Arbeit in der Marktwirtschaft stehen nicht Menschen gegen Sachen. Es geht um den Konflikt zwischen der Rolle des Produzenten und der Rolle des Konsumenten.
3. Marktkritik richtet sich gegen den falschen Adressaten: Umweltzerstörung oder Subventionsbetrug sind nicht Folgen von Marktwirtschaft. Sie sind Folgen sozial-schädlichen Handelns, das entweder durch mangelnde oder durch überflüssige Staatstätigkeit begünstigt oder ermöglicht wird.
4. Marktkritik verschleiern Machtansprüche: Die Forderung nach Lebensqualität als politischem Konzept erweist sich als Anspruch, für andere zu entscheiden, was richtige und was falsche Bedürfnisse sind.

5. Marktkritik ist gar nicht Marktkritik: Kritik der Arbeitsteilung ist Kritik des modernen Wirtschaftens überhaupt. Da zunehmende Arbeitsteilung die Herausbildung der modernen Gesellschaft bedeutet, können wir noch weiter verallgemeinern: Marktkritik ist Modernitätskritik.

Kritik als fehlerhaft zu bezeichnen, ist freilich meist der Versuch, die eigene Position der Kritik zu entziehen. Auch die Frage nach Alternativen der Kritiker ist methodologisch unzulässig. Doch den Marktkritikern geht es ausdrücklich um den „Umbau der Industriegesellschaft“ oder gar darum, „anders zu arbeiten und anders zu leben“. Insofern kann uns die Frage nach den Alternativen weiterführen. Arbeitsteiliges Wirtschaften macht es notwendig zu klären, was und wie produziert und wie verteilt werden soll. Welche Alternativen zum Marktverfahren sind vorstellbar?

## Vorwärts zur Herrschaft der Philosophen?

Märkte sind Systeme dezentraler Planung wirtschaftlicher Entscheidungen. Die Alternative besteht in zentraler Planung, Planung durch den Staat. Nun ist das vollständige Versagen zentraler staatlicher Planung in Osteuropa offensichtlich geworden. Doch schon bald dürften die Stimmen lauter werden, die da sagen: „Die Ideen des Sozialismus sind ja nicht falsch. Sie sind nur von falschen Leuten falsch angewendet worden.“

Die Unterscheidung von humanistischen Zielen<sup>1)</sup>, Instrumenten planmäßiger Gesellschaftssteuerung<sup>2)</sup> und deren mangelnder, falscher oder richtiger Anwendung hat Tradition. Daß solches Denken Probleme nicht lösen, sondern nur verschärfen kann, haben wir in Folge IX angesprochen: Das in einer Gesellschaft vorhandene, sich ständig verändernde, für Lösungen hochkomplexer Probleme erforderliche Wissen läßt sich nicht zentralisieren. Dies bestätigt sich soeben in

der Sowjetunion beim zwangsläufigen Scheitern des Versuchs einer zentral gesteuerten, kontrollierten, schrittweisen Systemtransformation<sup>3)</sup>.

Zum Informations- kommt das Motivationsproblem. Die Vorstellung, der Staat könne Probleme besser lösen als der Markt, hat ja zwei unausgesprochene Voraussetzungen: erstens, daß Politiker mehr Informationen haben als Unternehmer; zweitens, daß die Motivationsrichtung von Politikern eine andere ist als die von Unternehmern. Warum sich Menschen als Unternehmer an persönlichen Interessen, als Politiker hingegen am Gemeinwohl ausrichten wollen, ist freilich nicht erkennbar. Wir kommen der Wirklichkeit näher, wenn wir für beide Gruppen ähnliche Motivationen unterstellen: Unternehmer wie Politiker verfolgen persönliche Interessen. Unternehmer wie Politiker tun das in einem Konkurrenzkampf um die Zustimmung ihrer Adressaten, der Käufer oder der Wähler<sup>4)</sup>. Was für Politiker gilt, wird auch für das Führungspersonal von Verbänden gelten.

Wenn sich Unternehmer, Politiker, Verbandsführer an durchaus persönlichen Interessen orientieren, so muß Führung in entscheidenden Fragen eben von Personen wahrgenommen werden, die durch ihren Beruf auf Sachlichkeit, auf Objektivität verpflichtet sind. Der eine fordert Ökonomen, Psychologen, Soziologen, Anthropologen, Philosophen, Theologen; der andere schlägt einen Obersten Kulturrat aus den fähigsten Menschen vor<sup>5)</sup>.

Warum aber sollten sich Wissenschaftler oder „fähigste Menschen“ in ihren Motiven und Interessen von Menschen in anderen Rollen unterscheiden? Auch für die Wissenschaft gibt es die Alternative von monopolistischer Organisation oder wettbewerblicher Ordnung. In der Wissenschaft gibt es wie in der Politik Nutzenkalküle und Machtstreben, Konkurrenz und Marketingstrategien, Kartelle und unlauteren Wettbewerb, Mogelpackungen und Haftungsausschlüsse. Und immer auch Produkt- und Prozeßinnovationen<sup>6)</sup>.

Wolfgang Reeder, Dozent für Wirtschaftspolitik, Rhetorik-Trainer, Rheinbreitbach. Teil XI vgl. Heft 17/1991, S. 635 ff.

In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik haben wir es wohl mit ähnlichen Motivationen zu tun. Entscheidungen der Politiker, aber auch die Entscheidungen der Philosophen unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen der Unternehmer. Politisch können sie problematischer sein: Politikern, Verbandsführern und Wissenschaftlern fällt es leichter als Unternehmern, mit dem Anspruch auf Gemeinwohlorientierung und Objektivität aufzutreten. Im guten Glauben an das Humanum im Marxismus sind ja viele Bürger der DDR dem Weg des Sozialismus von der Utopie über die Wissenschaft in die Pfründenwirtschaft gefolgt.

Gelten ähnliche Motivationen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, so sind es dieselben Ordnungselemente, die der Verabsolutierung persönlicher Interessen entgegenwirken: Machtteilung und Wettbewerb. In der DDR waren Politik, Wirtschaft und Wissenschaft integriert und einheitlicher Lenkung unterworfen, war nach dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus alle Macht konzentriert und nicht mehr kontrollierbar. Die Trennung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft teilt Macht auf und

schaft ein System wechselseitiger Kontrolle. Marktwirtschaft, also die weitestmögliche Trennung von Staat und Wirtschaft, verwirklicht das für ein freiheitliches System existenznotwendige Prinzip der Gewaltenteilung.

## Zurück zur Überschaubarkeit der Idylle?

Wir haben für Unternehmer, Politiker, Wissenschaftler übereinstimmende Motivationen festgestellt. Dürfen wir es aber bei der bloßen Feststellung solcher Motivationen belassen? Müssen wir nicht fragen, wo die Ursachen liegen für solche charakterlichen Verformungen zum Marketing-Charakter, wie ihn Erich Fromm beschreibt?<sup>7)</sup>

Ein Marktkritiker, Hans-Peter Waldrich, auf eine Reihe von Mißverständnissen in seiner moralischen Verurteilung der Marktwirtschaft angesprochen, antwortete: „Die Hauptvoraussetzung für eine Wiedergewinnung von Lebenssinn und Moral . . . liegt in

der Eindämmung des Ökonomischen überhaupt. . . . Die Allmacht des ökonomischen Prinzips muß gebrochen werden.“<sup>8)</sup>

Die sozialen Bedingungen, unter denen das möglich ist, deuten die Marktkritiker an. Fromm: „Der moderne Markt stellt nicht mehr einen Treffpunkt dar, sondern einen Mechanismus, der durch einen abstrakten und unpersönlichen Bedarf charakterisiert ist. Man produziert für diesen Markt, nicht aber für eine Verbraucherschaft, die man kennt.“ Waldrich führt als Beispiele für Lebenssinn einen mittelalterlichen Grafen und einen indianischen Töpfer an. Auch Karl Marx und Friedrich Engels haben als Gegenbild zur kapitalistischen Gesellschaft eine vorindustrielle Idylle beschrieben, die es möglich macht, „ . . . morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu betreiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden“<sup>9)</sup>.

Die Alternative zur Marktgesellschaft heißt hier: Zurück zur traditionellen Haus- oder Dorfgemeinschaft, zurück in den Mutterschoß der kleinräumigen Gesellschaft mit ihren festgefühten sozialen Beziehungen.

Damit ist das Problem der Moral in der Tat aufgehoben: Das Verhaltensrepertoire in solchen Sozialstrukturen ist wenig differenziert und weitestgehend vorgegeben, läßt für autonome Moral keinen Raum. Marktkritiker also lösen das Problem von Moral und Marktwirtschaft durch Verweis auf eine Gesellschaftsformation, in der sich das Problem „Moral“ kaum stellt.

Die Beiträge der Marktkritiker zur Moral der Marktwirtschaft verweisen entweder auf Institutionen, die sich immer zu totalitären Kontrollapparaten entwickelt haben: Fromms Oberster Kulturrat. Oder sie verweisen auf Sozialstrukturen, die Moral in Idylle auflösen: das Arkadien der Propheten mit Marx- und Engelszungen.

Aufhebung der Moral in den Verhältnissen – haben denn unsere Überlegungen zu einem anderen Ergebnis geführt? Moralisch können nur Menschen sein, nicht Verhältnisse. Von der „Moral der Marktwirtschaft“ zu reden, verfehlt das Konzept der Moral. In der letzten Folge sind wir von einer entsprechenden Kritik ausgegangen. Doch mit „Wettbewerb“ und „Eigentum“ langten wir

wieder bei Elementen marktwirtschaftlicher Ordnung an, nicht bei menschlichem Verhalten. Wird damit nicht das widersprüchliche Verhältnis von Moral und Marktwirtschaft bestätigt?

Beziehen wir Moral allein auf individuelles Verhalten, so blenden wir entweder den überwiegenden Teil menschlicher Beziehungen aus. Oder wir messen menschliche Handlungen an einem Maßstab permanenter Überforderung. Prüfen wir diese Behauptung anhand eines zentralen Problems der Wirtschaftsethik, anhand des „gerechten Preises“.

Thomas von Aquin drückt sich vorsichtig aus, „weil der gerechte Preis einer Sache zuweilen nicht punktgenau festgelegt werden kann, sondern eher auf einer gewissen Schätzung beruht“. Martin Luther geht etwas weiter: „So ist hier alles unbestimmt und muß unbestimmt bleiben; es kann nichts Bestimmtes festgesetzt werden, so wenig als man eine einzige bestimmte Stadt festsetzen kann, aus der man alle Ware herzuholen hätte, oder so wenig man bestimmte Unkosten ausmachen kann, die daraufkommen.“<sup>10)</sup>

Käufer und Verkäufer müssen also selbst entscheiden, was „recht und billig“ (Luther), was „das Gleichmaß der Gerechtigkeit“ (Thomas) ist. Sie müßten bei jedem Kaufvertrag nachdenken über: 1. die absoluten, relativen, komparativen, internen und externen Kosten der gehandelten Sache oder Leistung, 2. die Wirkungen möglicher Preise auf die Situation des Käufers, 3. deren Wirkungen auf die Situation des Verkäufers. Angesichts der Menge von Handlungen in einer hoch-arbeitsteiligen Gesellschaft müßte solche moralische Dauerreflektion die Menschen hoffnungslos überfordern.

Wie kann dann aber in Tauschakten Ausbeutung von Menschen durch Menschen verhindert, wie kann das Äquivalenzprinzip, von dem wir in Folge III sprachen, das Verhältnis von Recht und Billigkeit, das Gleichmaß der Gerechtigkeit verwirklicht werden? Thomas spricht von Begrenzungen durch Tugend und menschliches Gesetz. Luther nennt Einschränkungen durch Gesetz und Gewissen – ist damit allerdings nicht recht zufrieden: „Doch, um nicht ganz dazu zu schweigen, so wäre die beste und sicherste

Art das, daß die weltliche Obrigkeit verständige, redliche Leute hierfür aufstellte und einsetzte; diese hätten die Ware aller Art samt ihren Unkosten abzuschätzen und dementsprechend für das, was sie im Handel gelten soll, Maß und Grenze ... festzusetzen.“

Das Problem der Gerechtigkeit wird also entweder dem individuellen Anruf der Tugend oder dem kollektiven Druck der Obrigkeit überantwortet. Das kann nicht befriedigen, wenn unser Moralkonzept einerseits dem Grundwert Freiheit verpflichtet ist, andererseits nicht in ständige moralische Überforderung einmünden soll. Den Ausweg deutet Thomas von Aquin an: „Danach scheint Kauf und Verkauf zum gemeinsamen Nutzen beider Teile eingeführt worden zu sein.“

In den Tauschhandlungen der Menschen haben sich Regeln des Nutzen-Ausgleichs, Gerechtigkeits-Regeln also herausgebildet. Dieses wirtschaftliche Regelwerk, diese ökonomische Handelsordnung haben wir untersucht. Wir nennen sie Marktwirtschaft. Deren Regeln ermöglichen es den Menschen, moralisch zu handeln, ohne jede einzelne Handlung zu einer moralischen Entscheidung machen zu müssen. Mit diesen Regeln wird moralisches Handeln habitualisiert, zur Gewohnheit gemacht. Die Beispiele sozial-schädlichen Verhaltens, die wir angesprochen haben, sind Fälle von Regelverletzungen. Daß es eine Instanz geben muß, die die Einhaltung der Regeln sichert, die Aufgaben des Staates also, haben wir immer wieder betont.

Wenn wir das Konzept der Moral auf solche Handelsordnungen nicht anwenden mögen, bezeichnen wir den überwiegenden Teil menschlicher Handlungen als moralisch irrelevant. Das ist aus zwei Gründen problematisch:

Erstens: In Folge X haben wir von Legalität und Moralität gesprochen. Der Unterschied liegt ja nicht in der äußeren Form der Handlung; er liegt in der Motivation des Handelnden. Sich an Preisabsprachen nicht zu beteiligen wegen des Entdeckungsrisikos, ist eine Sache. Sich nicht zu beteiligen aus Einsicht in die Regeln der Marktgerechtigkeit, das ist eine ganz andere Sache. Die Akzeptanz formell scheinender Regeln und Gesetze ist in der modernen Gesellschaft eine wichtige moralische Leistung.

Zweitens: In der Demokratie sind wir an den Entscheidungen über Handelsordnungen beteiligt. Als Bürger, Verbandsführer, Politiker prüfen wir, ob Regeln mora-

lischen Kriterien entsprechen. Tun sie es, müssen wir sie möglichst wirksam gegen Regelverletzungen schützen. Wir müssen diese Handelsordnungen, in denen sich Freiheit verwirklicht, aber auch schützen vor unseren eigenen Interessen, unseren eigenen Machtansprüchen.

Als Politiker nützen wir moralische Verurteilungen von Marktwirtschaft schnell aus, um unsere Macht auszudehnen. Gerne folgen wir Luthers Anregung, als weltliche Obrigkeit (der Parteimeinung nach) verständige, redliche Leute einzusetzen, die möglichst viel steuern, planen, festsetzen. Wir haben von den Wirkungen gesprochen: Sozialversicherungen (sie sollen gerade ausgeweitet werden) lassen moralisches Handeln kaum noch zu, weil Zusammenhänge zwischen Handlung und Wirkung für den Versicherten nicht mehr erkennbar sind. Subventionen (sie auszuweiten, wird gerade für Ostdeutschland gefordert) schaffen ganz neue Möglichkeiten andere, die zudem als „Staat“ völlig anonym bleiben, auszubeuten.

Von der Moral der Marktwirtschaft zu reden, heißt auch: von der Moral der Politik zu reden. Ihre Aufgabe ist es, Ordnungen zu sichern, die auch dann menschenwürdiges Zusammenleben ermöglichen, wenn Menschen sich nicht an moralischen Grundsätzen orientieren. Für die Erfüllung dieser Aufgabe gilt eine grundlegende Bedingung: Wir haben in Folge XI von Gewaltenteilung durch Eigentum gesprochen. Gewaltenteilung bedeutet Machtbegrenzung. Selbstbegrenzung ist in der modernen Demokratie eine entscheidende moralische Leistung in der Politik, ist ein grundlegender Beitrag zur Moral der Marktwirtschaft.

#### Anmerkungen:

<sup>1)</sup> Peter Baier: Schreiben des Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 24. 4. 1990. Nr. 12098 Az. 11-9-1, S. 4.

<sup>2)</sup> Siehe die Wortwahl „Arsenal der wirtschaftspolitischen Instrumente“ bei Herbert Ehrenberg (Die Erhard-Saga. Stuttgart 1965, S. 235), „Werkzeugkasten“ bei Karl Schiller (Der Ökonom und die Gesellschaft. Stuttgart 1964, S. 70), „Arbeit der Architekten und Baumeister“ bei Heinrich Deist (Rede im Deutschen Bundestag am 24. 4. 1963, in: R. Jung [Hrsg.]: Wirtschaftspolitik im Deutschen Bundestag. Bd. 1. Bonn 1974, S. 306).

<sup>3)</sup> Siehe Burkhard Wellmann: Die Perestroika mißlingt ohne ordnungspolitisches Denken, in: arbeitgeber, Jg. 42 (1990), S. 976.

<sup>4)</sup> Die von Schumpeter begründete Ökonomische Theorie der Politik. Josef Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (engl. 1942). München (2) 1950. Philipp Herder-Dorneich: Politisches Modell zur Wirtschaftstheorie (1957). Freiburg/Brsg. 1959. Anthony Downs: An Economic Theory of

Democracy. New York 1957. Bruno S. Frey: Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik. München 1981.

<sup>5)</sup> Erhard Eppler und Erich Fromm. Siehe Folge VII: arbeitgeber, Jg. 42 (1990), S. 918.

<sup>6)</sup> Einen Unterschied zwischen Wissenschaft und Politik einerseits, Wirtschaft andererseits gibt es freilich schon: In der Wirtschaft ist vergleichende, irreführende, diffamierende Werbung verboten und wird geahndet.

<sup>7)</sup> Erich Fromm: Psychoanalyse und Ethik (am. 1947). Zürich 1954, S. 82-97.

<sup>8)</sup> Hans-Peter Waldrich: Moral und Marktwirtschaft, in: Gegenwartskunde, Jg. 36 (1987), S. 299-309. Wolfgang Reeder: Mißverständnisse der Marktwirtschaft. Gerhard Schmitt: Moral und Marktwirtschaft. Hans-Peter Waldrich: Antwort an meine Kritiker, in: Gegenwartskunde, Jg. 37 (1988), S. 89-100.

<sup>9)</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie (1845/46). MEW 3. Berlin 1973, S. 33. Siehe dazu: Reiner Baumeister: Die Konzeption der Zukunftsgesellschaft bei Karl Marx, Friedrich Engels und bei neueren westeuropäischen Marxisten. Eine ordnungspolitische Analyse. Köln 1976.

<sup>10)</sup> Thomas von Aquin: Summa theologia (1273). Bd. 18. Heidelberg/Graz 1953, S. 343-348. Martin Luther: Von Kaufhandel und Wucher (1524). Calwer Luther-Ausgabe, Bd. 4. München 1965, S. 115-122.